

Einsparungen bei der Mindestsicherung verfestigen Armut und Wohnungslosigkeit

Vorarlberger Berufsverband der SozialarbeiterInnen kritisiert angedachte Kürzungen der Mindestsicherung

Mit großer Sorge verfolgen Vorarlbergs SozialarbeiterInnen die von der Landes-ÖVP angedachten Kürzungen der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge und Mehr-Kind-Familien und warnen vor einem Anstieg von verfestigter Armut und Wohnungslosigkeit. Die von den Schuldnerberatungen berechneten Referenzbudgets – die das Mindesteinkommen darstellen, das benötigt wird um die grundlegendsten Lebenshaltungskosten finanzieren zu können – zeigen deutlich, dass die Mindestsicherung schon bisher ihre Aufgabe – die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen – nicht erfüllt hat.

Im ersten Vorarlberger Armutsbericht 2013 wurde eine erhöhte Armutsgefährdungsquote von Ein-Eltern-Haushalten, alleinstehenden Frauen über 65 und von Haushalten ab drei Kindern festgestellt. Der Vorschlag, die Mindestsicherung bei Mehr-Kind-Haushalten mit € 1.500,- zu deckeln, würde somit eine bereits bestehende hohe Armutsgefährdung noch deutlich verschärfen.

Soziale Arbeit versteht sich als Menschenrechtsprofession. Anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention sind völker- und europarechtlich Österreichischen Staatsbürgern gleich zu stellen. Die Mindestsicherung allein für diese Gruppe zu kürzen ist nicht möglich. Es ist somit zu befürchten, dass die Mindestsicherung grundsätzlich für alle BezieherInnen gekürzt wird – mit fatalen Folgen. Die Vorstellung, dass anerkannte Flüchtlinge für die Führung eines menschenwürdigen Lebens weniger Geld benötigen als andere Personen, ist aus menschenrechtlicher Sicht äußerst fragwürdig. Eine solche Ungleichbehandlung (um nicht von Diskriminierung zu sprechen) wäre zudem gerade im Sinne einer guten Integration ein völlig falsches Signal.

Sollten die nun diskutierten Verschlechterungen im Bereich der Mindestsicherung umgesetzt werden, warnen wir vor einer deutlichen Zunahme von manifester Armut und akuter Wohnungslosigkeit. Der Abstand zwischen Erwerbseinkommen und Mindestsicherung muss vergrößert werden. Das ist unbestritten. Anstatt die öffentlichen Budgets auf dem Rücken der Armen zu entlasten fordern wir die Politik aber auf, sich verstärkt für eine faire Entlohnung einzusetzen.

Der Vorstand des Vorarlberger Berufsverbandes der SozialarbeiterInnen